



Nr. 9

6. März 2026

Inhalt

Weltfrauentag 2026

[Wir brauchen das Engagement der Frauen](#)

Landesgewerkschaftstag des dbb bremen

[Schmitt: „Der öffentliche Dienst liefert!“](#)

Digitaler Staat 2026

[Beschäftigte sollen den Wandel mitgestalten können](#)

Einkommensrunde

[Öffentlicher Dienst in Hessen: Beschäftigte demonstrieren in Fulda](#)

Equal Care Day 2026

[Kreutz: Lifestyle-Debatte sollte mehr als eine kurze Empörung bedeuten](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[Beamteninnen und Beamte warten auf Besoldungsanpassung](#)

Niedersachsen

[Sonderzahlung begrüßt – System weist aber Schwächen auf](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb



Weltfrauentag 2026

Wir brauchen das Engagement der Frauen

Das Ehrenamt belebt die Gesellschaft. Doch gerade Frauen stehen vor vielen Hürden, wenn sie sich engagieren wollen. Der dbb und die dbb frauen fordern, Partizipation zu erleichtern.

Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung stellv. dbb-Bundesvorsitzende, betonte am 6. März 2026 anlässlich des anstehenden Internationalen Frauentags: „Auch wenn wir große Fortschritte bei der Gleichstellung von Frauen und Männern gemacht haben, werden Frauen weiterhin in vielen Bereichen benachteiligt. Sei es bei der Verteilung von Sorgearbeit, beim Einkommen, bei der Repräsentation in entscheidenden Positionen – in der Politik wie in der Arbeitswelt. Hier haben wir noch einen weiten Weg vor uns. Wir müssen uns weiter durchbeißen und für Gleichstellung kämpfen. Das bedeutet auch, gleichstellungspolitische Errungenschaften zu verteidigen. Aber der Einsatz für eine geschlechtergerechte Gesellschaft ist nicht alleinige Frauensache, auch die Männer sind gefragt.“

Der Einsatz für die Gesellschaft läuft in Deutschland vielfach über das Ehrenamt. Mittlerweile engagieren sich nahezu genauso viele Frauen ehrenamtlich wie Männer. „Allerdings haben Frauen mit besonderen Herausforderungen zu kämpfen“, erklärte Kreutz. „Oft haben sie weniger Kapazitäten, weil sie den Großteil der Sorgearbeit übernehmen müssen. Wir fordern deswegen mehr Flexibilität und Ausgleich, um Ehrenamt, Familie und Beruf besser vereinen zu können. Konkret können Treffen zu familienfreundlichen Zeiten oder digitale Treffen schon vieles erleichtern.“ Für Eltern mit Kind sei eine Kostenübernahme für Kinderbetreuung während den Sitzungen hilfreich. „Auch eine Honorierung für Einsätze an arbeitsfreien Tagen ist denkbar – ehrenamtliche Arbeit ist weiterhin Arbeit.“ Außerdem brauche es endlich steuerliche Entlastungsmodelle und eine rentenrechtliche Anerkennung für das Ehrenamt, um engagierte Frauen auch im Alter abzusichern.

Geyer: Die Zeit drängt

Der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer unterstrich: „Wir brauchen das Engagement von Frauen, wenn wir verschiedene Perspektiven einbringen wollen und die gesamte Gesellschaft abbilden wollen. Demokratie lebt von Mitmachen. Deshalb ist es fundamental wichtig, dass alle die Möglichkeit haben, mitzumachen und dass diese Möglichkeiten auch gleich sind. Die Hürden, die ehrenamtliche Tätigkeiten erschweren, gehören abgebaut.“ Der Weltfrauentag diene dazu, die Frauen sichtbarer zu machen. Geyer weiter: „Schluss mit dem Kleinhalten, Schluss mit dem Verdrängen, Schluss mit dem Abwerten. Frauen müssen sich in allen Lebensbereichen gleichberechtigt engagieren können.“ Die Problematik der unterschiedlichen Kapazitäten sei nicht erst seit gestern bekannt. „Umso mehr drängt die Zeit, tatsächlich etwas zu ändern. Frauen brauchen die Rahmenbedingungen, um ihre Fähigkeiten und Potenziale zu entfalten.“

Die Zeit sei ein wichtiger Faktor, da Frauenrechte auf der ganzen Welt immer mehr zurückgedrängt werden, machte Geyer deutlich: „Autokratische und Extremistische Kräfte, die Gleichstellung als Feindbild betrachten, werden stärker. Das passiert auch in Demokratien und auch hier in Europa. Es ist deswegen unsere Aufgabe, diese Entwicklung in Deutschland zu verhindern. In einem Jahr mit fünf Landtagswahlen müssen wir genau hinsehen, welches Frauen- und Familienbild die Parteien in ihren Programmen fordern. Nicht nur das: Wir müssen auch darauf achten, welche Rollenbilder die Politikerinnen und Politiker in ihren Aussagen vermitteln. Die Gleichberechtigung ist in unserem Grundgesetz festgeschrieben und wir müssen für diesen Grundsatz unserer freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. Und zwar jetzt und nicht irgendwann.“

Landesgewerkschaftstag des dbb bremen

Schmitt: „Der öffentliche Dienst liefert!“

Trotz multipler Krisen halten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes das Land am Laufen. Angriffe auf das Berufsbeamtentum sind daher völlig kontraproduktiv.



„Der öffentliche Dienst ist das Rückgrat unseres demokratischen Rechtsstaates. Er ist Garant für Bildung, Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, Infrastruktur und Daseinsvorsorge“, betonte Heini Schmitt, Fachvorstand Beamtenpolitik und stv. dbb-Bundesvorsitzender, am 2. März 2026 auf dem Landesgewerkschaftstag des dbb bremen. „Gerade in Krisen – und davon haben wir derzeit genug – zeigt sich erst, wie unverzichtbar eine gut aufgestellte leistungsfähige Verwaltung ist. Aber allen Krisen zu Trotz: Der öffentliche Dienst liefert! 24 Stunden an sieben Tagen der Woche, in Schulen, in Kitas, in der Polizei, in der Justiz, in den Finanzämtern, in den Bürgerämtern. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind immer zur Stelle. Sie beweisen, dass der Staat funktioniert, weil jede und jeder einzelne von ihnen Verantwortung übernimmt.“

Schmitt weiter: „Wir dürfen aber nicht darüber hinwegsehen, dass die Belastungsgrenze bereits an vielen Orten erreicht, wenn nicht gar überschritten ist. Personalmangel, Aufgabenverdichtung, wachsende Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und die Herausforderung für die öffentlichen Haushalte – dies sind die Herausforderungen, mit denen wir umgehen müssen.“

Gerade Haushaltspolitik sei aber eine Frage der Prioritätensetzung: „Sparen an den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist der falsche Weg. Wer heute nicht in die Beschäftigten, in Nachwuchsgewinnung und attraktive Arbeitsbedingungen investiert, zahlt morgen einen hohen Preis“, machte der dbb-Vize klar. Junge Menschen erwarten Sinnhaftigkeit, Verlässlichkeit, Entwicklungsmöglichkeiten – und eine angemessene Bezahlung. Vieles davon biete der öffentliche Dienst. Bei der Bezahlung müsse allerdings die Politik mitgehen.

Von der Politik erwartet Schmitt auch ein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum: „Wir brauchen keine Diskussionen über die Einbeziehung der Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung. Das ist ein Angriff auf Grundprinzipien des Berufsbeamtentums und völlig indiskutabel. Mit solchen Überlegungen gewinnt man nicht das Vertrauen der jungen Kolleginnen und Kollegen, die jetzt ihre Karriere als Beamte starten.“ Schmitt erinnerte bei der Gelegenheit den anwesenden Bremer Finanzsenator, das Tarifiergebnis, welches zwei Wochen zuvor für die Landesbeschäftigten erzielt wurde, zeitnah und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten übertragen.

Digitaler Staat 2026

Beschäftigte sollen den Wandel mitgestalten können

Der digitale Wandel in der Verwaltung gelingt nur, wenn die Mitarbeitenden als Teil der Lösung betrachtet werden und der Nutzen neuer Systeme im Vordergrund steht.

„Die Digitalisierung ist ein zentraler Hebel für ein neues, leistungsfähiges und nutzerorientiertes Betriebsmodell der Verwaltung. Dafür müssen Beschäftigte aber aktiv in die Transformationsprozesse eingebunden werden“, betonte Milanie Kreutz, stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende, am 3. März 2026 auf dem Kongress „Digitaler Staat“ des Behörden-Spiegels. „Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind die Expertinnen und Experten auf ihrem Gebiet und können am besten einschätzen, ob neue Prozesse im Arbeitsalltag umsetzbar sind. Schließlich sind sie es, die später mit den digitalen Anwendungen arbeiten müssen.“ Kreutz schlug daher Ideen-Plattformen vor, auf denen sich die Beschäftigten einbringen können. „Sie sollen den Wandel mitgestalten können, nicht nur nachvollziehen.“

Kreutz weiter: „Es ist entscheidend, dass die Beschäftigten gut geschult werden. Sie brauchen regelmäßige Fortbildungen für die neuen Programme und Hardware.“ Die Schulungen sollen nach Möglichkeit individuell gestaltet sein, sodass sich niemand unter- oder überfordert fühlt. „Die Technologie entwickelt sich rasant schnell und die Beschäftigten müssen damit Schritt halten können, ohne sich abgehängt zu fühlen.“

Zusätzlich spiele die Kommunikation mit den Beschäftigten eine wichtige Rolle: „Die Arbeitgebenden müssen die Bedenken ihrer Beschäftigten ernst nehmen. Neben Schulungen sollen Arbeitgebende auch Ansprechpersonen bereitstellen, die den Kolleginnen und Kollegen bei der Nutzung der neuen Systeme helfen“, so die dbb-Vize. Veränderung ohne Erklärung



könnten Ängste vor Kontrollverlust oder Überforderung auslösen.

„Führungskräfte müssen bei der digitalen Transformation Vorbild sein. Sie müssen die neuen digitalen Arbeitsweisen vorleben, sonst wirkt es für den Rest der Abteilung unglaublich“, erklärte Kreutz. „Sie sind auch dafür

verantwortlich, dass in ihrer Arbeitsstelle eine positive Fehlerkultur herrscht. Nicht alles wird am Anfang perfekt funktionieren. Das Ausprobieren neuer Software muss erlaubt sein und Fehler sollen als Lernprozess gesehen werden.“

Einkommensrunde

Öffentlicher Dienst in Hessen: Beschäftigte demonstrieren in Fulda

7 Prozent, mindestens 300 Euro – das fordert der dbb für den hessischen Landesdienst. Ihre Forderung haben die Beschäftigten mit einer Kundgebung in Fulda unterstrichen.

„Das Land braucht einen starken öffentlichen Dienst“, sagte Andreas Hemsing, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, der in Hessen die Verhandlungen führt, bei der Kundgebung am 3. März 2026 in Fulda. „Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist nicht nur unabdingbar für eine funktionierende Wirtschaft, sondern ist sogar entscheidender Faktor für eine funktionierende Demokratie. Für beides ist Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates erforderlich. Wenn der Landesdienst aber kaputtgespart wird, geht genau dieses Vertrauen verloren.“

Der stellvertretende Vorsitzende des dbb Hessen Richard Thonius forderte die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen. „Das Bundesverfassungsgericht hat gerade erst wieder klargestellt, wie eine amtsangemessene Alimentation auszusehen hat: Hessen hat die Pflicht, Besoldung gemessen an der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziel-

len Entwicklung und des allgemeinen Lebensstandards fortzuschreiben. Es ist traurig genug, dass Politik daran überhaupt erst vom höchsten deutschen Gericht erinnert werden muss.“

Die Kernforderungen des dbb lauten: Erhöhung der Tabellenentgelte um 7 Prozent, mindestens 300 Euro; Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden (BBIG und Pflege) und Praktikanten um 200 Euro; Eine Laufzeit von 12 Monaten hinsichtlich der Entgelte; Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung; Einbeziehung der studentischen Beschäftigten in den Geltungsbereich des TV-H.

Hintergrund: Die hessische Einkommensrunde startete am 27. Februar 2026 in Wiesbaden. Anschließend folgt am 9./10. März 2026 eine Zwischenrunde auf Arbeitsebene. Die soll dazu beitragen, dass im Rahmen der Verhandlungsrunde am 26./27. März 2026 ein Ergebnis gefunden werden kann.

Equal Care Day 2026

Kreutz: Lifestyle-Debatte sollte mehr als eine kurze Empörung bedeuten

Die strukturelle Ungleichheit bei der Verteilung von Sorgearbeit und die aktuelle Teilzeit-Debatte zeigen: Wir haben noch einen weiten Weg vor uns.

Frauen tragen weiterhin den Großteil der unbezahlten Care-Arbeit. Das hat weitreichende Folgen für ihre Erwerbs- und Lebensperspektiven. Konkret liegt der Gender Care Gap derzeit bei 43,4 Prozent. In einer Woche leisten Frauen somit im Schnitt acht Stunden und 52 Minuten mehr Care-Arbeit als Männer. Müssen sie Kinder betreuen, steigt die Diskrepanz auf 14 Stunden und 20 Minuten.

„Wir beobachten wir mit großer Sorge, wie der Rechtsanspruch auf Teilzeit infrage gestellt wird“, erklärte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende, am 1. März 2026 anlässlich des Equal Care Days. „Eine Debatte, die Teilzeitarbeit pauschal kritisiert,



blendet die realen Gründe aus: fehlende Betreuungsangebote, mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und eben Sorgearbeit.“

Die jüngsten Diskreditierungen der Teilzeit als „Lifestyle“ hält sie deswegen für unangebracht: „Die neun Stunden Care-Arbeit mehr, die Frauen pro Woche leisten, sind ein vollständiger Arbeitstag. Wer in Teilzeit geht, um Sorgearbeit zu leisten, macht das nicht, um weniger zu arbeiten.“ Wer die Erwerbstätigkeit für Sorgearbeit runterfährt oder einstellt, habe langfristig eine geringerer Erwerbsbeteiligung, finanzielle Nachteile und dadurch ein größeres Risiko für Altersarmut. „Das hat doch nichts mit Lifestyle zu tun“, stellte Kreutz klar.

Stattdessen müsse Care-Arbeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und politisch verankert werden: „Wir fordern eine langfristig durchdachte Gleichstellungspolitik: Mehr Elterngeldmonate für Väter, Familienstartzeit und steuerfinanzierte Lohnersatzleistungen für Pflegezeiten. Darüber hinaus braucht es flexible Arbeitszeitmodelle, die sich an den individuellen Bedürfnissen orientieren und nicht umgekehrt“, betonte Kreutz. Ebenso wesentlich sei der konsequente Ausbau von Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken und Fachkräftemangel wirksam zu begegnen.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

Beamtinnen und Beamte warten auf Besoldungsanpassung

„Die Beamtinnen und Beamten im Freistaat warten auf konkrete Aussagen“, machte Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), am 4. März 2026 deutlich.

Seit Jahrzehnten stand die Bayerische Staatsregierung für einheitliche Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst: Tarifeinigungen wurden zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung übertragen. So sieht es auch der Koalitionsvertrag zwischen CSU und Freien Wählern vor. „Jetzt ist der Abschluss schon über zwei Wochen her und seitens der Staatsregierung hüllt man sich in Schweigen“, kritisierte Nachtigall. „Das sind hoffentlich keine wahltaktischen Überlegungen“, so der BBB-Vorsitzende mit Blick auf die am kommenden Wochenende anstehenden Kommunalwahlen.

Andere Bundesländer sind hier deutlich loyaler ihren Beamtinnen und Beamten gegenüber: NRW, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland haben die zeitgleiche Übertragung bereits angekündigt. „Für uns ist die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf den Beamtenbereich, inklusive der Versorgungsempfänger, ein Muss“, stellt Nachtigall

klar. Die Beschäftigten arbeiten Seite an Seite, sie unterliegen den gleichen Lebenshaltungskosten, der gleichen Inflation. Hier die Beamtinnen und Beamten zu Sonderopfern heranzuziehen, widerspricht jeglichem fairen Umgang mit den eigenen Beschäftigten.

„Das Vertrauensverhältnis ist ohnehin schon gestört“, so der BBB-Chef. Die jüngste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat kurz vor Jahreswechsel zu über 65.000 Widersprüchen gegen die Besoldung geführt. Die von Ministerpräsident Söder angekündigte Verschiebung der Übertragung wäre eine Missachtung der Leistungen der Beamtinnen und Beamten in Bayern. Außerdem gefährde sie die Verfassungsmäßigkeit der Alimentation. „Wir warten auf ein klares Bekenntnis der Staatsregierung zum öffentlichen Dienst“, so der BBB-Chef.



Niedersachsen

Sonderzahlung begrüßt – System weist aber Schwächen auf

Der dbb niedersachsen begrüßt im Grundsatz die Gewährung der Sonderzahlung für 2025, die am 4. März 2026 vom Niedersächsischen Landtag beschlossen wurde. Insgesamt sollen die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten für das Jahr 2025 rückwirkend eine Sonderzahlung in Höhe von 800 Euro, bzw. 500 Euro (je nach Besoldungsgruppe) erhalten.

Dazu der 1. Landesvorsitzende Alexander Zimbehl: „Wir begrüßen diese Sonderzahlung, halten es aber für absolut unfair und rechtlich nicht hinnehmbar, dass erneut die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nicht bedacht wurden. Der dbb niedersachsen hat dieses im Gesetzgebungsverfahren wiederholt deutlich gemacht. Offensichtlich sind der Landesregierung die Pensionäre mittlerweile nichts mehr wert.“

Gleichzeitig widerspricht der dbb niedersachsen vehement der Gesetzesbegründung, dass nunmehr die Alimentation in Niedersachsen verfassungsgemäß sei. Auch dazu Alexander Zimbehl: „Die Behauptung des Niedersächsischen Finanzministeriums, dass die Besoldung

in Niedersachsen verfassungsgemäß sei, wird nicht dadurch richtiger, dass sie von Gesetzgebungsverfahren zu Gesetzgebungsverfahren wiederholt wird. Offensichtlich hat das Finanzministerium die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe nicht verstanden. Nicht durch eine Sonderzahlung, sondern durch ein Anheben der Besoldungstabellen werden die Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen verfassungsgemäß alimentiert.“

Der dbb niedersachsen wird sich auch weiterhin für eine faire, sowie gerechte Besoldung und Versorgung für alle niedersächsischen Beamtinnen und Beamten einsetzen.

Namen und Nachrichten

„Ohne Umwege zur Teilhabe - Zugang leicht gemacht“ ist das Thema des kommenden 6. Forums Inklusion und Teilhabe des **dbb**. Teilhabe darf nicht vom Durchhaltevermögen der Betroffenen abhängen. Sie muss verlässlich, einfach und bestenfalls „aus einer Hand“ organisiert sein. Ziel der zweitägigen Veranstaltung ist zu analysieren, wie sich Strukturen so gestalten und Barrieren so abbauen lassen, dass sie Menschen mit Teilhabebeeinträchtigung unterstützen, anstatt sie zusätzlich zu belasten. Die „Leistungserbringung aus einer Hand“ zieht sich folglich als roter Faden durch die

Veranstaltung. Während die Vorteile für Betroffene und Verwaltungsbeschäftigte auf der Hand liegen, sind die Herausforderungen zahlreich, beispielsweise durch die föderalen Strukturen und Zuständigkeiten. Hier sollen gemeinsam mit Politik, Wissenschaft und natürlich den Schwerbehindertenvertretungen nach umsetzbaren Lösungen gesucht werden, um Prozesse zu vereinfachen und Ressourcen zu bündeln. Darüber hinaus ist am zweiten Veranstaltungstag eine Fragestunde mit Experten aus der Sozialverwaltung vorgesehen – quasi als „kurzer Dienstweg live“. Alle Infos gibt es unter www.dbb.de.

Termine:

26./27. März 2026

3. Verhandlungsrunde EKR Hessen

4.-5. Mai 2026

6. Forum Inklusion und Teilhabe

[Weitere Informationen](#)